

# Correspondenzblatt

der

## Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint  
jeden Sonnabend.

Redaktion: **H. Umbreit,**  
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis  
pro Quartal M. 2,50.

### Inhalt:

	Seite		Seite
<b>Eine Jubiläumsgeschichte des Verbandes der Deutschen Buchdrucker</b> . . . . .	417	<b>Kongresse.</b> 34. Jahresversammlung des Vereins für Armenpflege . . . . .	423
<b>Kriegsfürsorge.</b> Zum Abschluß des Rentenverfahrens . . . . .	419	<b>Arbeitsvermittlung.</b> Die Bundesratsverordnung über Arbeitsnachweise. Umgestaltung eines städtischen Arbeitsnachweises . . . . .	423
<b>Arbeiterbewegung.</b> Die internationale Gewerkschaftsbewegung.—Stadterordnetenwahlen in Neudöln.—Aus den deutschen Gewerkschaften.—Branting als Ententeagent? . . . . .	420	<b>Arbeiterversicherung.</b> Anrechnung der Kranken- und Erwerbslosenunterstützung auf das Krankengeld . . . . .	424
		Hierzu: <b>Adressenbeilage Nr. 3.</b>	

### Eine Jubiläumsgeschichte des Verbandes der Deutschen Buchdrucker.

Am 20. Mai dieses Jahres feierte der Verband der Deutschen Buchdrucker das Jubiläum seines 50jährigen Bestehens. Fünf Dezennien ununterbrochener gewerkschaftlicher Wirkens sind schon an sich eine reiche Fundgrube historischer Erfahrungen, die um so mehr zu schätzen sind, als sie die Erfahrungen anderer Gewerkschaften weit hinter sich zurücklassen. Was aber diesen Erfahrungen besonderen Wert verleiht, ist die Stellung des Buchdruckergewerbes im Rahmen der Industrie und seine Bedeutung für die geistige Entwicklung der Menschheit. Wie die Buchdruckerkunst vorwiegend deutschen Ursprungs ist, so hat auch die Buchdruckerei in Deutschland ihre höchste technische und wirtschaftliche Entwicklung erlebt und ist im Verein mit den verwandten graphischen Gewerben der Buchbinderei und dem Buchhandel zu einer den Weltmarkt beherrschenden Stellung emporgekommen. Diese Entwicklung kommt aber nicht allein unserer Volkswirtschaft, sondern der gesamten Welt zugute, vor allem in geistiger Hinsicht. Sie befruchtet den Fortschritt auf allen Gebieten und nicht zuletzt auch durch die Beeinflussung der öffentlichen Meinung den sozialen Fortschritt, die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft. Auch die Arbeiterbewegung hat der „schwarzen Kunst“ vieles zu danken; das gedruckte Wort ist zu ihrem beredtesten Propagandisten geworden, von ihm datiert vor allem die deutsche Arbeiterbewegung ihren großen politischen und organisatorischen Aufschwung. So zeigt uns auch die Entwicklung der Organisation der Arbeiter des Buchdruckergewerbes, des Buchdruckerverbandes in vielen Dingen ein Spiegelbild der deutschen Gewerkschaftsentwicklung. Der Verband und seine Einrichtungen sind für die übrigen Gewerkschaften in gewisser Hinsicht vorbildlich geworden; seine Geschichte hat uns vieles zu sagen und wir können vieles aus ihr lernen.

Deshalb wurde das Erscheinen einer Geschichte des Buchdruckerverbandes in den Kreisen der deutschen Gewerkschaften mit besonderem Interesse aufgenommen. Von dieser aus Anlaß des Verbandesjubiläums herausgegebenen Geschichte liegt bislang der erste Band im Umfange von 520 Seiten vor, der

nach einer Einleitung über die allgemeine Gewerkschaftsbewegung die Vorgeschichte der Buchdruckerkunst und des Buchdruckergewerbes sowie die Organisationskeime in der Gehilfenschaft bis zum Jahre 1866, dem Jahr der Verbandsgründung, und schließlich diese letztere selbst und die Verbandsentwicklung bis zum Jahre 1888 behandelt. Ein zweiter Band von gleichem Umfange soll die neuere Verbandsgeschichte von 1888 bis 1916 bearbeiten. Mit der Arbeit hatte der Verbandstag von Köln (1908) den Verfasser der württembergischen Gaugeschichte, den Kollegen Moriz Schröter, beauftragt, der nach reicher Sammeltätigkeit und umfangreichen Vorarbeiten im Jahre 1912 wegen Krankheit die Feder aus der Hand legen mußte und ein Jahr danach starb. An seiner Stelle übernahm Willi Krahl, der Redakteur des „Korrespondent“, die Ausführung des Werkes und brachte bis zum Jubiläum glücklich den ersten Band heraus. Das Erscheinen des zweiten Bandes wird leider infolge des Weltkrieges erheblich verzögert werden.

Der vorliegende erste Band macht im Aufbau wie in technischer Ausstattung einen guten Eindruck. Die textliche Bearbeitung verrät ein umfangreiches und gründliches Quellenstudium, insbesondere hinsichtlich der Geschichte des Buchdruckergewerbes und des Verbandes. Die Gesamtanlage des Werkes ist übersichtlich und klar; nur der statistische Teil, der jedem der beiden Bände gesondert beigegeben wird, dürfte die Einheitlichkeit des Werkes etwas beeinträchtigen.

Die Einleitung gibt eine kurze allgemeine Darstellung der beruflichen Organisation zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen. Eine großzügige Anlage ist auch hier nicht zu verkennen; trotzdem steht sie dem sachlichen Teil des Werkes in mancher Beziehung nach. In der Stoffbehandlung wird hier eine Vielseitigkeit auf Kosten der Klarheit erreicht. Der Verfasser gefällt sich in mancherlei Anspielungen und Zurechtweisungen gegen die übrigen Gewerkschaften und gegen die Sozialdemokratie, die besser weggeblieben oder durch eine schlichte Darstellung der Tatsachen ersetzt worden wären. Auch an Unrichtigkeiten fehlt es nicht, so z. B. daß der Hamburger Affordmurerstreit die Lokalfisten Kessler'scher Richtung in ernsthafte Differenzen mit den Centralinstanzen gebracht habe. Mit diesem Streit hatten

schäftigte, wurde einer ständigen Kommission überwiesen. Die Bildung einer Centralinvalidenkasse scheiterte am lokalen Kassenparatismus, dagegen wurde das Biatikum einstimmig eingeführt. Die Leitung des Verbandes wurde der ständigen Kommission übertragen. Bis 1867 war Berlin der Vorort des Verbandes; dann ging dieses Ehrenrecht auf Richard Härtel und Leipzig über. Unter Härtels Leitung nahm der Verband festere Formen an; es wurden Gauverbände geschaffen und (1868) eine Verbandsinvalidenkasse eingeführt. Auch auf dem Gebiete der Arbeitsverhältnisse setzte der Verband sich hindurch; der Sonntagsarbeit und der Lehrlingszucht wurde energisch entgegengewirkt. Die Arbeitspreise wurden in zahlreichen Orten revidiert. 1869 wurde in Leipzig eine Vereinsdruckerei errichtet; sie ging später, wie so manches andere Genossenschaftsunternehmen, in private Hände über. Das Wirken des Verbandes führte 1869 die Prinzipale zum Zusammenschluß im Deutschen Buchdruckerverein, mit dem es in der Folge zu großen Kämpfen und Tarifabschlüssen kommen sollte. Bis 1872 herrschte das lokale Tarifwesen vor. Infolge eines Tarifkampfes im Januar 1873 in Leipzig kam es zur allgemeinen Aussperrung, von der in 66 Orten 1788 Gehilfen betroffen wurden. Der Kampf nahm seinen Ausgang in centralen Verhandlungen, aus denen ein Reichstarif hervorging. So war es den Buchdruckern gegeben, die großen gewerkschaftlichen Fortschritte in Organisation, Kassenwesen und Kämpfen um die Anerkennung und die einheitliche Arbeitsregelung schon in einer Zeit durchzuleben, in denen die übrige Arbeiterschaft eben erst mit der Organisationsgründung begann. Die erste Tarifgemeinschaft schuf auch gleich eine musterhafte Organisation mit Tarifkreisen, Schiedsgerichten und Einigungsamt, ein zu jener Zeit nahezu idealer Apparat, der später nur hier und da ergänzt zu werden brauchte. Freilich blieben auch den Buchdruckern Rückschläge nicht erspart. Schon die erste Tarifrevision 1876 führte zu Konflikten, vor allem in Berlin, die in einem reduzierten Tarif endeten; eine weitere Tarifreduktion mußte 1878 in Kauf genommen werden. Im selben Jahre zwangen vereinsgesellschaftliche Schikanen der sächsischen Behörden aus Anlaß des Sozialistengesetzes die Verbandsleitung, den Sitz des Verbandes nach Stuttgart zu verlegen. Als „Unterstützungsverein Deutscher Buchdrucker“ trat der Verband in seine zweite Periode ein, die zunächst der Weiterentwicklung des Unterstützungswesens gewidmet war, aber die Tariffrage keineswegs vernachlässigte. Die Genossenschaftsdruckereien mußten in diesen Jahren veräußert werden. Erst 1886 kam es wieder zu einer großen Tarifbewegung, die den Gehilfen freilich nicht alle Wünsche erfüllte, aber doch mancherlei Verbesserungen brachte; vor allem wurde zur Regelung der Lehrlingsziffer der entscheidende Anfang gemacht. Wie schlimm es auf diesem Gebiete aussah, ergab sich aus der Statistik, wonach 1868 auf 9000 Gehilfen 4000 Lehrlinge (44 Proz.), 1878 auf 13000 Gehilfen 9000 Lehrlinge (69 Proz.) und noch 1888 auf 25000 Gehilfen 10000 Lehrlinge (40 Proz.) entfielen. Namentlich der Osten Deutschlands war ein wahres Lehrlingszüchterparadies; im Gau Schlesien stieg die Lehrlingsziffer bis zu 60 Proz., im Gau Westpreußen bis auf 69 Proz. und in Thorn kamen auf 1 Gehilfen sogar 5,43 Lehrlinge.

Seit 1883 verfolgten die Regierungen von Sachsen, Bayern und Preußen die Entwicklung des Verbandes mit Mißtrauen und Schikanen. Das Unterstützungswesen desselben gab der preußischen Regierung Anlaß, dem Verbande versicherungsrecht-

liche Schwierigkeiten zu bereiten. Da das Weiterbestehen der Centralorganisation in Frage gestellt war, beauftragte der Stuttgarter Hauptvorstand seinen Berliner Gauleiter Döblin, mit dem Berliner Polizeipräsidium über die Möglichkeiten eines ungehinderten Wirkens des Verbandes zu verhandeln. Das Ergebnis war die Verlegung des Verbandes nach Berlin und eine Anpassung der Statuten. Die Hamburger Generalversammlung 1888 glaubte sich dieser Lösung nicht entziehen zu dürfen und beschloß demgemäß. Döblin wurde zum Verbandsvorsitzenden gewählt. Unter seiner Leitung trat der Verband in seine dritte Periode ein, die über den Weg der größten Kämpfe den größten Aufschwung und die schönste Blüte der Organisation brachte. Mit dem Jahre 1888 schließt der erste Band der Buchdrucker Geschichte ab.

Es ist ein Ehrendenkmahl, das mit diesem Geschichtswerk dem Buchdruckerverbände gesetzt worden ist, den Alten zur Ehr', den Jungen zur Lehr', ein Denkmahl, das aber auch den Gewerkschaften der übrigen Berufe zum Ansporn gereicht. Wie die deutsche Gewerkschaftsbewegung herzlichen Anteil an dem Jubiläum ihres ältesten Verbandes genommen hat, so bringt sie auch der Geschichte dieser Organisation das Interesse entgegen, das einer an Erfahrungen und Kämpfen, aber auch an Erfolgen und Anerkennung so reichen und gefestigten Gewerkschaft gebührt.

## Kriegsfürsorge.

### Zum Abschluß des Rentenverfahrens.

Die vor ihrer Entlassung aus dem Heeresdienst stehenden Kriegsbeschädigten müssen sich zur Festsetzung ihrer Rente in der Regel vom Lazarettort aus nochmals zu ihrem Ersatzbataillon zurückbegeben. Bei der Arbeitsbeschaffung macht sich dieser Umstand häufig recht unangenehm bemerkbar. Sowohl der Zeitpunkt der Rückbeorderung zum Ersatzbataillon ist unbestimmt, wie auch die Dauer des Aufenthalts bis zum Abschluß des Rentenverfahrens. Es ist daher nicht möglich, solche Kriegsbeschädigten zuvor in Arbeit unterzubringen, auch wenn ihr körperlicher Zustand es gestattete. So geht denn mitunter die kostbare Zeit von mehreren Wochen verloren, die zur versuchsweisen Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit und zur Einarbeitung genützt werden könnte. Eine passende Stelle, die zufällig offen ist, muß mittlerweile anderweitig besetzt werden.

Es ergibt sich daher die Frage, ob das Rentenverfahren nicht am Aufenthalts- oder Heimatsort des Kriegsbeschädigten abgeschlossen werden kann, vorausgesetzt, daß es ein Garnisonort ist oder ein solcher sich in unmittelbarer Nähe befindet.

Dieser Auffassung kommt eine Anweisung des Stellvertretenden Generalkommandos des 7. Armeekorps in Münster vom 20. August näher, deren Schluß lautet:

„Beorderungen von Rentenempfängern sind zur Vermeidung von Störungen in ihrem Erwerbsleben auf das äußerste Mindestmaß und auf die dringend notwendigen Fälle zu beschränken. Etwa nötige Termine sind sorgfältig so zu legen, daß durch ihre Innehaltung der geringste mögliche Zeitverlust entsteht.“

Es ist wohl kaum unmöglich, die Rente eines Kriegsbeschädigten, der sich in einem Berliner Reserverlazarett befindet, dessen Ersatzbataillon aber in Allenstein liegt, in Berlin festzusetzen. Daß es geschieht, wäre sehr wünschenswert.

die Lokalisten gar nichts zu tun. Es ist begreiflich, daß vom Standpunkte des allezeit politisch neutralen Buchdruckerverbandes aus betrachtet, die Arbeiterbewegung in mancherlei Hinsicht anders erscheint, als sie sich den übrigen Gewerkschaften darstellt, und die Kämpfe gewisser Parteikreise gegen den Verband und seine Einrichtungen lassen sich nicht ohne einige Vereiztheit übergehen. Aber hier würde die einfache Feststellung der Tatsachen besser wirken, als polemische Ausfälle, für die dem nicht eingeweihten Leser das Verständnis fehlt.

Weit höher steht der sachliche Inhalt des Geschichtswerkes. Es wird ja keiner von einer Verbandsgeschichte eine Geschichte des gesamten Berufes, seiner Technik, wirtschaftlichen, sozialen und organisatorischen Entwicklung erwarten. Die meisten Geschichtswerke gewerkschaftlicher Herkunft streifen die Berufsgeschichte nur, soweit dies zum Verständnis der älteren und neueren Organisationsgeschichte notwendig ist. Krahl gibt indes eine so eingehende und durch gründliche Studien gut begründete Darstellung des Buchdruckgewerbes und seiner Gewerbeverfassung bis zum Jahre 1848, daß dieser Teil beinahe ein Geschichtswerk für sich allein geworden ist. Die Erfindung der Buchdruckerkunst, die ersten technischen Verbesserungen, die Ausbreitung der Buchdruckerei, teils durch fürstliche Gunst, teils unter strenger fürstlicher Zensur, die Heranbildung der Fachkräfte und ihre typischen Charakterzüge, die Organisation der Arbeitsherren und Gehilfen, die jahrhundertelang im sog. Postulat, eine Art Gewerbeverfassung, ihren Ausdruck fand, die wirtschaftliche Lage der Arbeitgeber und Gehilfen und das Vereins- und Kassenwesen, das alles wird in einer mit unendlich mühsamem Fleiß bearbeiteten Sammlung historischen Materials vor dem Leser wieder aufgebaut. Man ersieht daraus, daß die Buchdrucker allezeit ein Völkchen von besonderer Eigenart gewesen sind und daß sie aus ihrer beruflichen Geschichte heraus begriffen werden müssen, wenn man ihnen gerecht werden will. Manche ihrer Sonderlichkeiten ist in solchen historischen Zusammenhängen begründet. Freilich erging es ihnen nicht immer besser als den Gehilfen anderer Gewerbe, wohl aber standen sie oft genug weit hinter anderen Arbeitern zurück, und noch in der Mitte des 19. Jahrhunderts war ihre soziale Lage durch Lehrlingszüchtereien und Frauenarbeit, durch Ueber- und Sonntagsarbeit und andere Mißstände eine äußerst gedrückte.

Die ersten modernen Organisationsgründungen wurden 1847 von einer in Leipzig erschienenen Fachzeitschrift „Typographia“, deren stiller Mitarbeiter der Buchhändler Robert Blum war, angeregt. Die Pariser Februarrevolution, die im März 1848 auf Deutschland übersprang, entfachte auch hier den Freiheitsdrang. Am 27. März 1848 fand im Leipziger Schützenhaus eine Buchdruckerversammlung statt, die sich mit den Gehilfenforderungen an die Prinzipale beschäftigte. Eine Eingabe in diesem Sinne wurde von einem Dr. Langenschwarz abgefaßt; die Prinzipale erkannten das taktvolle Verhalten der Gehilfen an und befriedigt ging man auseinander. In Berlin war es unterdes zu Zusammenstößen zwischen Volk und Militär gekommen, bei dem es Tote gegeben hatte. Auch mehrere Buchdrucker hatten ihr Leben für die Sache des Volkes hingegen. Hier wurde schärfere Töne angeschlagen und so kam es im April 1848 zum Streit, den Stephan Born leitete und der trotz des Dazwischentretens des Polizeipräsidentiums gewonnen wurde. Born erließ auch einen Aufruf zur Gründung einer allgemeinen Arbeiterorganisation und gründete die „Deutsche

Arbeiterzeitung“. Unterdes hatten Heidelberger Gehilfen, bezugnehmend auf die Leipziger Vorgänge, einen Aufruf an die Buchdruckergehilfen Deutschlands erlassen, der die Gründung einer Deutschen Buchdrucker-Gesellschaft forderte. Zwei Centralcomités in Leipzig und Stuttgart sollten die geeigneten Schritte beim deutschen Parlament tun und sich als Schiedsgerichte konstituieren, um das Lehrlingswesen und die Arbeitspreise zu regeln, das Viaticum (Reisegeld) festzusetzen, sowie eine Kranken- und Invalidenunterstützung und eine Lebensversicherung zu organisieren. Eine Heidelberger Konferenz berief einen Kongreß nach Mainz ein, der einen Tarif für das ganze Reich aufstellte und die Gründung eines Centralvereins beschloß. Der Tarif stieß bei den Prinzipalen auf den heftigsten Widerstand, die ihrerseits auf einer Tagung die Mainzer Beschlüsse ablehnten. Ein Teil der Gehilfenschaft war bereit, für ihren Tarif in den Streit zu treten, besonders in Berlin. Das Frankfurter Centralcomité riet indes ab und verwirrte hierdurch die Situation, zumal sein Bremszirkular erst nach der Arbeitseinstellung eintraf. Der Streit ging in Berlin und Hamburg verloren, während in Mittel- und Süddeutschland vereinzelt Zugeständnisse erzielt wurden. Hierauf kam es zu einer Tagung der Prinzipale in Frankfurt a. M., zu der auch das Centralcomité der Gehilfen zugelassen wurde; auf dieser wurde eine gemeinsame Organisation von Prinzipalen und Gehilfen beschlossen und ein Tarif der Arbeitspreise sowie eine Regelung des Lehrlingswesens vereinbart und die Errichtung von Kranken-, Invaliden- und Sterbefassen vorbereitet. Die gemeinsame Organisation kam indes über ein bescheidenes Anfangsstadium nicht hinaus, da niemand für sie Interesse zeigte. So kam es im September 1849 zu einer dritten Organisationsgründung, dem Gutenbergbund, der als reiner Gehilfenverband auf einem Berliner Kongreß beschlossen wurde. Obwohl die Berliner Polizei den Kongreß vorzeitig auflöste, trat der Bund ins Leben, hatte aber von Anbeginn unter behördlichen Verfolgungen zu leiden und verfiel am 5. Juni 1850 in Berlin der Auflösung. Die Reste des Bundes erhielten sich noch bis zum Jahre 1852, ein Mitteilungsblatt, das an Stelle des Bundes den Zusammenhang der Gehilfen wahren sollte, bis 1857; dann ging auch dieser verloren. Damit hatte die Vorperiode der Organisation ihren Abschluß gefunden.

Es dauerte bis 1862, ehe sich wieder Vereinsneubildungen zeigten. Abermals eröffnete Leipzig den Reigen mit der Gründung eines Fortbildungvereins für Buchdrucker; im selben Jahre folgten Darmstadt und Berlin. Mit Beginn des Jahres 1863 gab Leipzig auch wieder das erste Organ, den „Korrespondent“ als Wochenschrift heraus, der die Sammelarbeit für die Verbandsgründung mit großem Eifer aufnahm. Ein übriges tat die Propaganda für gemeinsame Johannistagefeiern. 1863 bildeten sich bereits einige größere Bezirksverbände. Auch an Lohnbewegungen und Arbeitskonflikten fehlte es nicht, trotz der bestehenden Koalitionsverbote. Centralisationsversuche wurden bereits 1863 von Leipzig aus eingeleitet; sie lösten aber Unstimmigkeiten über das Kassenwesen aus, das damals in unzähligen Lokalkassen seinen Niederschlag gefunden hatte. 1865 erörterte Rich. Härtel im „Korrespondent“ die Organisationsfrage. Am meisten trug aber der Leipziger Streit (1865) zur Förderung der Centralisation bei. Die Gründung des Verbandes erfolgte auf einem Pfingstkongreß 1866 in Leipzig als selbständige Gehilfenorganisation. Die Frage der Produktivassoziation, die damals lebhaft die Geister be-

## Arbeiterbewegung.

### Die internationale Gewerkschaftskonferenz.

Die bürgerliche und die Parteipresse Deutschlands berichtete am 23. September, daß der Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes bei dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund die Einberufung eines internationalen Gewerkschaftskongresses beantragt habe. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund habe dem Antrage stattgegeben, wengleich er annehme, daß aus dem Gewerkschaftskongreß wohl nur eine Gewerkschaftskonferenz werden würde.

Es ist weder beabsichtigt, einen internationalen Gewerkschaftskongreß einzuberufen noch ist ein dahingehender Antrag bei dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund gestellt. Es wurde lediglich an dessen Präsidenten die Anfrage gerichtet, ob er die Vorbereitungen für eine internationale Gewerkschaftskonferenz, die in der Schweiz tagen soll, treffen wolle. Am 25. September erhielt der Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes hierfür die Zusage und wird die Konferenz für den 11. Dezember d. J. berufen. Schon einmal, im Juni 1915, machte er den Vorschlag zur Entscheidung über den von gewerkschaftlichen Landescentralen gestellten Antrag, den Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes in ein anderes Land zu verlegen, eine internationale Konferenz stattfinden zu lassen. Die Mehrheit der Landescentralen hielt die Konferenz nicht für notwendig und entschied sich dahin, daß bis zum Kriegsschluß eine Aenderung im Internationalen Gewerkschaftsbund nicht eintreten solle.

Nun hat am 5. Juli d. J. in Leeds (England) eine internationale Gewerkschaftskonferenz getagt, zu der Delegierte für vier Länder erschienen waren. Unter anderen zwei Vertreter einer anarchistisch-syndikalistischen Organisation in Italien, die der italienischen Landeszentrale nicht angeschlossen ist. Die Konferenz anerkannte sie als Vertreter der Gewerkschaften Italiens, nachdem sie sich den Titel einer Landeszentrale beigelegt hatten. Die Beschlüsse der Konferenz, ein Korrespondenzbureau in Paris zu errichten, das einen Beirat aus Vertretern der angeschlossenen Länder erhält und dem Vertreter der französischen Gewerkschaften den Auftrag zu erteilen, eine neue Konferenz der Gewerkschaften der alliierten Länder vorzubereiten, sind eine Durchbrechung der internationalen Gewerkschaftsorganisation. Gegen diese hat der Vertreter der Niederländischen Gewerkschaftscentralen bereits auf der Konferenz der sozialistischen Parteien der neutralen Länder in Haag am 2. August protestiert. Er gab dort folgende Erklärung ab:

„... Wir bedauern es, daß die Gewerkschaftscentralen der anderen neutralen Länder es nicht haben ermöglichen können, zusammen mit den Delegierten der sozialistischen Parteien auch ihre Vertreter zu der Konferenz zu entsenden. Ich glaube jedoch, obgleich ich dazu kein Mandat besitze, auch in ihrem Namen sprechen zu können, wenn ich im Auftrag der niederländischen Gewerkschaftscentralen folgendes zum Ausdruck bringe:

In der Ansprache, mit der diese Konferenz am Montagmorgen durch den Genossen Troelstra eröffnet wurde, ist von ihm mit einigen Worten eine Arbeiterkonferenz erwähnt worden, die in Leeds stattgefunden hat und von der die Gründung eines neuen internationalen Gewerkschaftsbundes befristet ist, neben und wider den bestehenden. Mir ist zu meinem Bedauern über diese Arbeiterkonferenz, über ihren Umfang und ihre Bedeutung nicht mehr bekannt, als von Troelstra mitgeteilt worden

ist. Ausdrücklich wünsche ich jedoch festzustellen, daß die klassenbewußte Gewerkschaftsbewegung von einer Spaltung in keiner Weise etwas Gutes zu erwarten hat und daß es auch für sie von der größten Bedeutung ist, national und international, einig und ungeteilt zu bleiben. Und nochmals, ich bin davon überzeugt, wo wir ihren Geist und ihre Auffassung kennen, auch im Namen der Gewerkschafter von den Ländern, deren sozialistische Parteien auf dieser Konferenz vertreten sind oder hätten vertreten sein sollen, die Erklärung abgeben zu dürfen, daß sie eine Internationale der Gewerkschaften ebenso wie eine sozialistische Internationale zurückweisen, welche die Kameraden eines Landes im voraus ausschließen sollte.

Daneben wünsche ich namens der Gewerkschaftsvertreter der niederländischen Delegation ausdrücklich zu erklären, und ich hoffe auch jetzt wieder im Namen der Gewerkschaften der anderen neutralen Länder sprechen zu können, daß jede Bestrebung der gewerkschaftlichen Bewegung, um abgefordert, neben und abseits von der sozialistischen Internationale die Agitation für den Frieden zu betreiben, die Kraft der Arbeiterbewegung und ihren Kampf für das ersehnte Ziel schwächen muß. Nur zusammen mit der politischen Partei der Arbeiterklasse, national und international verbunden, werden die Gewerkschaften imstande sein, diese Aufgabe zu erfüllen.

Wir niederländischen Delegierten schätzen uns glücklich, in der Lage zu sein, während dieser Tage mitarbeiten zu können an der Grundlage, auf der die Arbeiterklasse aller Länder wird weiterbauen können, um das Zustandekommen des Friedens zu fördern und die Internationale selber zur Wiederauferstehung zu bringen.“

Mit diesem Protest kam die Angelegenheit ihre Erledigung nicht finden. Erfolgt jetzt eine Trennung in der gewerkschaftlichen Internationale, so wird die Einigung für Jahre über die Kriegsdauer hinaus erschwert, wenn nicht verhindert. Aus diesem Grunde ist eine internationale Gewerkschaftskonferenz an einem Ort und zu einer Zeit einzuberufen, die es allen dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Landescentralen ermöglicht, teilnehmen zu können. Diese werden nun zu entscheiden haben, wie die internationale Gewerkschaftsbewegung für die Zukunft gestaltet werden soll.

### Stadtverordnetenwahlen in Neukölln.

Zu Neukölln finden demnächst Stadtverordnetenwahlen statt. Ist es schon in Friedenszeiten nicht leicht, für solchen Posten geeignete Kandidaten zu finden, so treten gegenwärtig noch viel mehr Schwierigkeiten in die Erscheinung. Bei der Auswahl der Kandidaten ist einmal darauf zu achten, daß die genügende Anzahl Hausbesitzer gewählt wird, und daß alle Kandidaten in jeder Hinsicht einwandfrei dastehen. In dieser Beziehung scheint man früher in Neukölln nicht die genügende Sorgfalt an den Tag gelegt zu haben. Während des Krieges bot sich nun die Gelegenheit, Ausmusterung zu halten. Jenen Genossen, denen man ein Amt übertragen hatte und die hinreichend verdächtig schienen, nicht auf die Arbeitsgemeinschaft zu schwören, verlangte man die Erklärung ab, daß sie sich zu der Arbeitsgemeinschaft bekennen.

Da sich auch einige Gewerkschaftsangestelltenweigerten, solche Erklärung abzugeben, so mußten sie abgesetzt werden. So vollzog sich die Scheidung in ziemlich einfacher Weise. Die Hauptarbeit blieb aber noch zu tun. An Stelle der ungeeigneten Gewerkschaftsangestellten mußten neue Stadtverordneten kandidaten gesucht werden.

Zu diesem Zweck machte sich der Neuföllner Parteisekretär auf den Weg zu dem Genossen Gustav Nieß, Neufölln, Weisestr. 18. Nieß war schon von früher her als politisch einwandfrei bekannt. Da er neben dieser guten Eigenschaft noch ein Haus sein eigen nennt, so war die Mission des Parteisekretärs mit einem vollen Erfolg gekrönt. Ein Hausbesitzer und ein Freund der Arbeiter im Sinne der Arbeitsgemeinschaft in einer Person!

Doch auch auf dieses Glück senkt sich ein leichter Schatten. Der Genosse Nieß sah sich veranlaßt, den Parteisekretär um eine kleine Gefälligkeit zu bitten. Für Berlin und eine Reihe anderer Orte, worunter sich auch Neufölln befindet, hat das Oberkommando in den Marken mit Wirkung vom 1. Januar 1916 die nichttarifmäßige Entlohnung der Arbeiter bei Seereslieferungen unter Strafe gestellt. Genosse Nieß gehört zur ehrbaren Zunft der Schneider und betreibt das Gewerbe als Zwischenmeister für Eisenbahn-, Post- und Seereslieferungen. Längere Zeit ist alles gut gegangen; doch eines Tages traf ein Brief des Schneiderverbandes ein, in welchem dem Meister Nieß auseinandergesetzt wurde, daß er eine größere Summe an Arbeitslöhnen zu wenig gezahlt habe. Zur Erledigung dieser Angelegenheit machte sich eine Verhandlung vor der Schlichtungskommission notwendig, in welcher Nieß den Einwand erhob, daß die zum Schutze der Arbeiter und Arbeiterinnen erlassenen Vorschriften im Jahre 1915 „nur“ vom Bekleidungsamt vorgeschrieben waren und daher von ihm nicht befolgt werden mußten. Der Schneiderverband treibe gegen die Arbeitgeber eine Heze, indem er auf die Erfolge vor der Schlichtungskommission hinweise und in Neufölln Mitglieder zu gewinnen suche!

In dieser Angelegenheit ersuchte er den Parteisekretär um seine Vermittelung. Eine Liebe ist der anderen wert. So rief der Parteisekretär beim Schneiderverband an, ob die Sache nicht außergerichtlich erledigt werden könne, damit der Name des Genossen Nieß nicht in die Zeitung komme. Er könne auch versichern, daß der Genosse Nieß nicht viel verdient habe. Diese Versicherung des Parteisekretärs steht allerdings in Widerspruch mit den Feststellungen der Schlichtungskommission. Vergleichsweise zahlte Nieß für die Zeit vom 1. Januar 1916 bis 1. August 1916 an vier Frauen 500 Mk. nach. Dagegen lehnte er die Nachzahlung für 1915 ab, unter Berufung auf sein formales Recht. Dieser Einwand hatte auch bei der Schlichtungskommission durchgegriffen und mußte ihm daher Rechnung getragen werden. Drei Frauen, die allein vor der Schlichtungskommission klagten, fertigte er mit 30 Mk. ab, wobei er den Anschein zu erwecken suchte, als schenke er ihnen das Geld.

Es ist selbstverständlich, daß sich dieser Parteigenosse besser zum Stadtverordneten eignet als ein Gewerkschaftsangestellter. Er wird nicht auf die Erfolge des Schneiderverbandes hinweisen und wird mit dazu beitragen, daß die Zwischenmeister die Arbeiterinnen ruhig weiter ausnutzen können. Er wird die politische Verkommenheit der Gewerkschaftsführer an den Pranger stellen und sie als Verräter an der Arbeiterfrage bezeichnen. Fr. Kunze.

### Aus den deutschen Gewerkschaften.

Die „Bäcker- und Konditorenzeitung“ würdigt in ihrer Nr. 40 die 25jährige Organisationsarbeit unter der Konditoren- und Zuckerwarenarbeiterschaft. Am 1. Oktober waren 25 Jahre verflossen, seitdem auf Initiative der Hamburger Konditoren eine Centralorganisation gegründet, die sich zwar nur langsam entwickelte, aber doch eine recht fleißige Tätigkeit im Dienste ihrer Berufsgenossen entfalten konnte. Von 330 Mitgliedern und 144 Mk. Stassenbestand im Jahre 1894 kam sie bis 1906 auf 2594 Mitglieder und ein Vermögen von 15 846 Mk. Im folgenden Jahre erfolgte die Vereinigung mit dem Bäckerverbände und die daraus erhoffte Stärkung der Organisation trat auch bald genug ein, wie folgende Zahlen über die im Einheitsverbände organisierten Branchenangehörigen zeigen:

Wir finden organisiert im Jahre	Konditoren	Hilfsarbeiter	Arbeiterinnen
1908 . . .	1212	790	1447
1909 . . .	1337	1324	2063
1910 . . .	1462	1740	3061
1911 . . .	1628	2411	4246
1912 . . .	1685	2407	4909
1913 . . .	1634	1979	4656

Besonders zeichnen sich die Jahre 1911 und 1912 durch einen raschen Aufstieg aus; es waren die bedeutendsten Kampfesjahre der Zuckerwarenarbeiter. Eine ganze Reihe von Industriezentren war in Bewegung gekommen und führte wochenlange Lohnkämpfe, die, an dem Stande der früheren Zustände gemessen, überall ganz erhebliche Besserung der Arbeitsverhältnisse brachten.

Unter dem Einfluß des Krieges ist allerdings auch hier ein Mitgliederrückgang eingetreten, der sich aber hoffentlich recht bald nach dem Kriege wettmachen läßt.

Die „Bergarbeiterzeitung“ beschäftigt sich mit einigen Neußerungen des „Vorwärts“ über die politische Urteilsreise der Massen, die sich zweifellos ausgerechnet im „Vorwärts“ recht nett ausnehmen. Wir entnehmen der „Bergarbeiterzeitung“ das folgende:

„In einem Rückblick auf die sozialdemokratische Reichskonferenz schreibt der „Vorwärts“:

„Die Masse des Proletariats ist leider — dank unseren Schul- und allgemein-kapitalistischen Kulturzuständen — nicht in der Lage, von höherer politischer und geschichtlicher Warte herab selbständig über die durch den Weltkrieg so aktuell gewordenen Streitfragen der Völkergeschichte entscheiden zu können. Aber es bringt nach seiner Klassenlage und seinem unverfälschten, gesunden Menschenverstand das Urteilsvermögen auf, um im Streit der Meinungen nach unbedingter Anhörung der Ansichten der beiden Teile sein Urteil abgeben zu können. Und auf dies Urteil kommt es in Geschichte und Parteigeschichte an, seine Auffassung ist ausschlaggebend. Sein Urteil aber wird und muß auf den ordentlichen Parteitag seinen Ausdruck finden.“

Darauf mache sich der nachdenkliche Leser einen Verz. Also die „Masse des Proletariats“ ist „nicht in der Lage“, über die Streitfragen des Weltkrieges „von höherer politischer und geschichtlicher Warte“ . . . „entscheiden“ zu können, aber doch setze die „Klassenlage“ und der „unverfälschte gesunde Menschenverstand“ eben derselben „Masse“

Berichterstattung. Das muß man jedenfalls ein „zuverlässiges Blatt“ nennen! Wäre da für die schwedische Presse nicht ein Begierbild am Platze: „Wo war Hj. Branting am 10. August 1916?“

Gegenüber dem Versuch, den Artikel in Nr. 36 des „Corr.-Bl.“ einem einzelnen Redaktionsmitgliede anzudichten, stellen wir fest, daß unsere Ausführungen durch einen Beschluß der Generalkommission herbeigeführt wurden, die sich für verpflichtet hält, ihre skandinavischen Gäste gegen ungerechte und unberechtigte Angriffe in Schutz zu nehmen. Vielleicht bringt der „Socialdemokraten“, wenn er schon unsere Ausführungen seinen Lesern nicht zu unterbreiten wagt, wenigstens diese Tatsache zur Kenntnis der schwedischen Gewerkschaftskreise.

## Kongresse.

### 34. Jahresversammlung des Vereins für Armenpflege.

Am 15. und 16. September hielt in Leipzig der Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit seine 34. Jahresversammlung ab. Der Verein bezweckt eine Vereinheitlichung auf dem Gebiete der Armen- und Wohlfahrtspflege herbeizuführen und sie mit sozialem Geiste zu erfüllen. Seine letzte Tagung vor Ausbruch des Krieges war der Vorarbeit für ein Reichsarmengesetz gewidmet. Die weiteren Arbeiten wurden durch den Krieg unterbrochen. Dem Verein gehören als Mitglieder 272 Gemeinden, 34 größere Verbände, 19 Behörden und kommunale und staatliche Institutionen, 94 Vereine und 199 Einzelpersonen an. Im vorigen Jahre fand eine außerordentliche Tagung unter Hinzuziehung einer Reihe dem Verein nicht angehörender Organisationen und Personen statt, auf der über die soziale Fürsorge für Kriegswitwen und Kriegswaisen gesprochen wurde.

Diesmal stand die Armenpflege nach dem Kriege zur Verhandlung. Sie wurde behandelt in 4 Tagesordnungspunkten über die öffentliche Armenpflege während des Krieges, nach dem Kriege, die Kriegshinterbliebenen- und die Kriegsbeschädigtenfürsorge und die öffentliche Armenpflege. Vorauf gingen Berichte des Vorsitzenden und der Geschäftsführerin des von der Versammlung im April 1914 eingesetzten Arbeitsausschusses für Kriegserwitwen- und Waisenfürsorge. Da über diesen Bericht keine Aussprache stattfand, machte es sich nötig, einen Irrtum über die Aufgaben und die Tätigkeit der Gewerkschaften zu berichtigen, der durch den Hinweis des Vorsitzenden Prof. Franke entstehen kann, wonach die Gewerkschaften wohl in der Kriegsbeschädigtenfürsorge energisch mitarbeiten, nicht aber auf dem Gebiete der Witwen- und Waisenfürsorge. Er richtete die dringende Bitte an die Gewerkschaften, in Zukunft auch dieser Frage Interesse zu bezeigen.

Das könnte zur Verkennung der gewerkschaftlichen Aufgaben und ihrer Tätigkeit führen. Eine rein pflegerische Hinterbliebenenfürsorge, wie sie von Wohlfahrtsorganisationen ausgeübt wird, können die Gewerkschaften nicht übernehmen. Sie leisten auch den Hinterbliebenen im Kriege gefallener Mitglieder Hilfe in Form von Extraausstufungen und Gewährung von Sterbegeld, soweit das Statut dies vorsieht. Darüber hinaus kann die Tätigkeit für die Kriegserwitwen keine andere sein als für weibliche Arbeitskräfte im allgemeinen. Sie umfaßt das Streben nach besserer Bezahlung der weiblichen Arbeitskraft, das Verhindern des Lohnrückfalls durch Nebenein-

künfte, Regelung des Arbeitsnachweiswesens, der Heimarbeitverhältnisse usw. Für Kriegserwitwen erwachsen in der Erwerbsarbeit und durch sie keine andere Schwierigkeiten als sie für andere Witwen und für verheiratete Frauen vorhanden sind. Anders aber ist es bei den Kriegsbeschädigten. Dadurch, daß Hunderttausende als nicht mehr voll erwerbstätige Personen, die zum Teil in ihrem früheren Beruf nicht mehr arbeiten können, auf den Arbeitsmarkt kommen, machen sich besondere Maßnahmen für sie in ihrem Interesse und in Rücksicht auf die Allgemeinheit notwendig. Es hieße die Aufgaben der Gewerkschaften mißverstehen, wollte man dies verkennen. Der Vorwurf gegen die Gewerkschaften wirkte um so auffallender, weil er unmittelbar neben dem Dank an die Nationalstiftung ausgesprochen wurde, die bis zur Stunde aus ihren reichen Mitteln noch keine Leistungen vollzogen hatte.

Zum Thema Armenpflege wurden neben recht sympathisch berührenden Vorschlägen über die Ausgestaltung der Armenpflege nach dem Kriege auch Bedenken geäußert über ungünstige Beeinflussung der Armenpflege durch die Verfügungen des Bundesrats, daß die Kriegswohlfahrtspflege getrennt von der Armenpflege geleistet werden müsse. Diskussionsredner vertreten erfreulicherweise unter dem Beifall der Versammelten den Standpunkt, daß die Trennung gerechtfertigt sei. Sie mußten allerdings zugeben, daß die Bundesratsverfügungen vielfach ein Durcheinander herbeigeführt haben, aus dem Differenzen entstanden sind und Schwierigkeiten für die Zukunft entstehen müssen. Sie seien besonders groß in den Fällen, wo die Familien früher von der Armenpflege bereits unterstützt worden sind. Durch die Kriegsfolgen werden eine ganze Reihe Personen mehr auf öffentliche Hilfe angewiesen sein. Ein Teil davon wird der Armenpflege anheimfallen, zumal mit der Entlassung aus dem Heeresdienst die Kriegsunterstützungen aufhören. Die Armenpflege mußte aber der letzte Zweig der sozialen Fürsorge sein, die nur für diejenigen in Betracht kommen dürfte, die von der auszubauenden sozialen Fürsorge nicht erfaßt werden. Verwaltungsdirektor Dr. Blaum hatte als Referent zu seinem Thema „Die Armenpflege nach dem Kriege“ als einziger Redner Leitsätze der Versammlung vorgelegt. Seine im allgemeinen beifällig aufgenommenen und sympathischen Vorschläge erfuhren nur insofern Widerspruch, weil er einen Unterschied in der Behandlung von schuldlos und schuldhaft Armen verlangte. Zu den letzteren rechnete er Arbeitsscheue. Recht stark wurde nahezu einstimmig betont, daß die Beseitigung der Vorschriften auf Verlust bürgerlicher Ehrenrechte als Folge von Armenunterstützung nötig sei. Recht häufig wurde übrigens der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Kriegsmassnahmen in der Wohlfahrtspflege und die Kriegsfolgen Anlaß sein mögen zu einer sozialeren Ausgestaltung der Armenpflege. Die Tagung in Leipzig hat reiches Material für dies Streben beigebracht.

## Arbeitsvermittlung.

### Die Bundesratsverordnung über Arbeitsnachweise.

Der „Reichsanzeiger“ vom 17. Juni 1916 veröffentlicht folgende Bekanntmachung vom 14. Juni 1916 über Arbeitsnachweise:

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August

fe in den Stand, ihr „ausschlaggebenes Urteil“ abzugeben. Das ist doch ein Spielen mit der „Masse“, wie es widerspruchsvoller nicht gedacht werden kann. Wer die wirklichen „Massen“ nicht nur von der Bücherstube aus kennt, sondern dazu verurteilt ist, den Gedanken der Organisation innerhalb der „Massen“ zu verbreiten, der weiß, was es mit ihrem „unverfälschten gesunden Menschenverstand“ auf sich hat. Die fortschrittlichste Demagogie hat nur zu häufig die größten Erfolge bei den „Massen“ zu verzeichnen. Wer die wirklichen „Massen“, nicht nur eine verhältnismäßig dünne, für die Menschheitsideale opferwillige Oberschicht der „Massen“ kennt, der weiß auch, daß der Dichter leider immer noch recht hat, wenn er sagt:

„Den Feind, den wir am tiefsten hassen, der uns umlagert schwarz und dicht, das ist der Unverstand der Massen.“

Gewiß, das ist alles ganz zutreffend. Aber die Leute des „Vorwärts“, die den einzig wahren Marxismus in Erbpacht genommen haben, pflegen sonst das Urteil der Massen über alles zu stellen, wenn nämlich jene Leute die Mehrheit einer Volksversammlung für sich ausnutzen können gegen eine Auffassung, die ihnen nicht genehm ist. Ist es einmal umgekehrt, dann ist die Masse nicht urteilsfähig! Bald so, bald so, wie es trifft.

Der Centralverein der Bildhauer hatte am Schlusse des zweiten Quartals 1052 Mitglieder. Er verausgabte für Unterstützungen im Quartal 2082 Mk.

Die „Allgemeine Deutsche Gärtnerzeitung“ erscheint ab 1. Oktober 14tägig anstatt wie bisher wöchentlich. Die Maßnahme wird mit der Einberufung des Redakteurs Albrecht begründet.

Die Statistik des Gemeindefacharbeiterverbandes für den 25. Kriegsmonat weist einen Mitgliederbestand von 26 790 auf. Die Ausgaben für Unterstützungen betragen im Berichtsmonat 16 221 Mk.

Der Verband der Hutmacher vereinigte im zweiten Quartal von 7712 Mitgliedern 31 237 Mk. an Beiträgen. In 1036 Fällen wurden 10 048 Mk. Arbeitslosenunterstützung gezahlt.

### Branting als Ententeagent?

In unserer Nr. 36 vom 2. September wandten wir uns gegen den unsauberen Versuch Brantings, seine schwedischen Parteigenossen herabzuwürdigen, die im Juli d. J. eine Reise nach Deutschland und Belgien gemacht hatten und in Berlin unsere Gäste waren. In Branting selbst richteten wir drei offene Fragen. Wir baten ihn um Auskunft über seine letzte Pariser Reise, über seine Beziehungen zu den französischen Regierungskreisen und über seine Beziehungen zu jenen anderen Pariser Kreisen, die mit der Fundierung gewisser Presseerzeugnisse vertraut sind.

Für den Charakter Brantings ist bezeichnend, daß er bis heute seinen Lesern unsere Ausführungen vorenthalten hat, obgleich vier Wochen inzwischen ins Land gingen. Auch hat er, der unter Mißbrauch seiner Autorität in Schweden unsere Gäste in gröblichster Weise schmähete, noch keine Antwort auf unsere Fragen gefunden. Dagegen haben seine redaktionellen Schreibgehilfen in seiner Abwesenheit einige Beschimpfungen eines Redaktionsmitgliedes des „Corr.-Bl.“ sich geleistet, auf dessen Konto sie un-

feren Aufsatz zu setzen suchten. Die einzige positive Angabe, deren sie sich fähig glaubten, lautet, „daß Herr Branting nun nicht einmal in Paris gewesen ist“.

Damit ist die Angelegenheit für uns noch nicht erledigt. Wir haben keineswegs behauptet, daß Branting „nun“ in Paris war, sondern wir haben nach dem Zwecke seiner letzten Pariser Reise gefragt. Die Antwort steht noch aus. Ebenso ist die Frage nach den Beziehungen des „neutralen“ Parteiführers Branting zu den Regierungskreisen einer der kriegführenden Mächtegruppen für die Öffentlichkeit nicht gleichgültig. Auch wir halten uns angefangen unserer früheren Beziehungen zu Branting, die allerdings nur durch unsere Verkennung seiner Charaktereigenschaften möglich waren, für berechtigt, die Frage zu stellen. Unsere dritte Frage ist in dem Verlangen nach politischer Reinlichkeit begründet. Uns sind Mitteilungen zugegangen, die sich auf eine bessere Fundierung des Stockholmer Telegrammbureaus, eines von Ententegebern unterhaltenen Reprints, beziehen. Auch Verlagsunternehmungen sollen erwogen werden, die nach dem Kriege durch eine unablässige „vorsichtige“ Propaganda helfen sollen, Schweden in das Netz der Entente zu ziehen.

Ob und inwieweit Branting an diesen Dingen beteiligt ist, das ist, was wir von ihm erfahren möchten. Solange er noch Anspruch erhebt, in der „Internationale“ gehört zu werden, ist es für uns als Angehörige des einen Teiles der Kriegführenden durchaus von Interesse zu erfahren, wie weit er sich im Dienste der anderen Gruppe engagiert. Und wir wünschen eine klare Antwort auf die oben skizzierten drei Fragen. Das liegt, scheint uns, auch in seinem eigenen Interesse! Wer wie er gegen seine eigenen Parteigenossen die schwersten Vorwürfe wegen ihrer Reise ins Ausland erhebt, der muß auch bereit sein, über die intimeren Gründe seiner eigenen Auslandsreisen Auskunft zu geben, wobei wir nochmals betonen, daß wir das größte Interesse an seinen Beziehungen zu den Regierungskreisen der Ententeländer empfinden. Das ist in unserer Zugehörigkeit zu einem Zweige der Internationale begründet.

Seinen Jüngern in der Redaktion des „Socialdemokraten“ empfehlen wir, ihr eigenes Blatt zu lesen. Am 10. August d. J. brachten die liberalen „Dagens Nyheter“ folgendes Telegramm ihres Pariser Korrespondenten:

„Hjalmar Branting ist in Paris angekommen. Man behauptet, daß die Initiative zum Besuche des schwedischen Sozialistenführers in der französischen Hauptstadt einem hervorragenden französischen Sozialistenführer zuzuschreiben ist, der sehr hoch steht und, wie verlautet, zurzeit Mitglied des französischen Koalitionsministeriums ist. Weiter wird behauptet, daß der Besuch H. Brantings einen Zweck hat, der weitgehende politische Folgen bekommen kann.“

Am nächsten Tage berichtete der „Socialdemokraten“ unter der Rubrik „Hjalmar Branting in Paris“:

„In einem Telegramm der „D. N.“ teilt ihr Pariser Korrespondent mit, daß Branting sich zurzeit in Paris befindet.“

Die gleiche Mitteilung brachten alle uns zugehenden schwedischen Zeitungen, zum Teil mit Kommentaren versehen. Ein Dementi erfolgte nicht. Erst am 6. September bestreitet der „Socialdemokraten“ uns gegenüber die Richtigkeit seiner eigenen